

Vom westlichen Kanapee aus...

Zum Bittbrief nach Ostberlin

b-i. Der *Kirchenkampf in Ostdeutschland*, der sich im Frühsommer dieses Jahres verschärfte und im Zusammenhang mit den inneren Schwierigkeiten des Regimes vor geraumer Zeit wieder abgeschwächt worden ist, hat die Führung der Evangelischen Kirche in Deutschland zu scharfen Protesten gegen die willkürlichen Verhaftungen von Pfarrern, kirchlichen Laienarbeitern und Mitgliedern der Jungen Gemeinde veranlaßt. Prof. Karl Barth, der als maßgebender theologischer Kopf der früheren „Bekennenden Kirche“ und als Mitschöpfer und Verkünder einer neuen theologischen Richtung im Protestantismus inner- und außerhalb Deutschlands nach wie vor ein großes Ansehen genießt, schaltete sich in die Aktion zugunsten der bedrängten Kirche in Ostdeutschland mit einem Brief ein, den er an den damaligen Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, richtete. In diesem Schreiben bat er den Adressaten, die ergriffenen Maßnahmen aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen. Als Begründung führte er an, daß die Unterdrückung der Kirche nicht „im wohlverstandenen Interesse der DDR und des Sozialismus“ liege, weil sie das „günstige Bild“, das man „wegen der Existenz der freien Kirchen bisher von den Oststaaten doch noch habe vermitteln können“, beeinträchtige und „das antiöstliche Kampffarsenal nun auch noch um dieses Argument“ bereichere. Der Absender empfahl sich dem kommunistischen Minister als ein Mann, der nicht nur den Würdenträgern des ostdeutschen Regimes bekannt sei, sondern zu jenen gehöre, die seit 1945 „konsequent für eine verständnisvolle Einstellung dem Osten gegenüber“ eingetreten seien. Während die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands die „unmenschlichen Methoden“ und den Druck in Glaubens- und Gewissensfragen anprangerte, die in Ostdeutschland ausgeübt würden, suchte Prof. Barth sozusagen als „advocatus diaboli“ die Einstellung des Kirchenkampfes dem Chef des Sicherheitsdienstes als im Interesse der kommunistischen Staatsführung liegend zu empfehlen.

men des Lebens ausweiche. Sie klammern sich an das Bild des großen Widerstandskämpfers (der allerdings 1934 unter allerlei Verkläuerungen bereit war, den Beamteneid auf Hitler abzulegen, und anfänglich verkündete, die Kirche habe sich gegenüber dem Nationalsozialismus neutral zu verhalten) und wollen es einfach nicht wahrhaben, daß der gleiche Mann, der nach der Gewinnung einer besseren Einsicht in das Wesen des deutschen Totalstaates von jedem Christen verlangte, daß er „aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Tyrannen widerspricht und widersteht“, im Falle des bolschewistischen Totalstaates nun plötzlich sich und die Kirche aus dem Konflikt zwischen Freiheit und Totalitarismus heraushalten will und der Kirche eine Haltung und Gesinnung des geistigen und politischen Neutralismus predigt — ohne allerdings für sich selber den Neutralismus so weit zu treiben, daß er auf höchst wohlwollende Bemerkungen über das „Format Josef Stalins“ einerseits und düstere Anklagen gegen die Hybris des „christlichen Abendlandes“ anderseits verzichten würde. Die Verteidiger Barths, die durch den Aufweis dieses klaffenden Widerspruchs aus der Ruhe ihres betonten kirchlichen Selbstbewußtseins aufgeschreckt werden, pflegen je nach persönlichem Temperament die Aussagen ihres Lehrers in ein milderer Licht zu rücken oder den Kritiker der Böswilligkeit zu zeihen. Unisono bestreiten sie aber, daß die in die Augen springende Ambivalenz des politischen Urteils und des innerkirchlichen Ratschlags von Karl Barth mit der allgemeinen Lehre vom Menschen und seinen Ordnungen in der Theologie ihres bewunderten Vorbildes zusammenhänge. Es sei nicht richtig, daß die Barth'sche Richtung dem menschlichen Leben gleichgültig gegenüberstehe und sich um die großen und kleinen Probleme des Alltags nicht kümmere, weil sie sich an der Freiheit der Verkündigung genug sein lasse.

Sie haben an dieser Stelle (vgl. Nr. 1912) ein lehrreiches Beispiel der Art und Weise wiedergegeben, wie sich die Freunde Barths gegen Kritik zur Wehr zu setzen fähig sind. Der Brief von Prof.

Richtung hatte, die Freiheit der Verkündigung nie angetastet worden sei. Hingegen mußte er als verantwortlicher Repräsentant des Staates die bedauerliche Feststellung machen, daß ausgerechnet von dieser Seite, die überall dort, wo man sich ihren Machtansprüchen nicht widerstandslos beugt, über diokletianische Verfolgung jammert, der Versuch gewagt wurde, den staatlichen Behörden das Recht zu bestreiten, sich gegenüber direkten und indirekten Angriffen aus der Kirche auf das Wesen und die Wirklichkeit des demokratischen Staates zur Wehr zu setzen. Wenn schon von „Terror“ und „Kirchenkampf“ gesprochen werden soll, dann müßte wohl eher der Absolutheitsanspruch der dialektischen Richtung ins Auge gefaßt werden, die unverkennbar nach der theologischen und kirchlichen Alleinherrschaft strebt und einen vom „heidnischen Staat“ zu garantierenden göttlichen Schutzbrief vor allen kritischen Einwendungen für sich reklamiert. Die Zumutungen, die Prof. Barth im Jahre 1927 an den bernischen Regierungsrat als Bedingung seiner Berufung an die Universität Bern gestellt hat — u. a. wollte er die Besetzung des Lehrstuhles für praktische Theologie mit einem ihm genehmen Richtungsfreund durchsetzen —, werfen ein grelles Licht auf die Frage, wo ein „Kirchenkampf“ in gar nicht immer milder Form geführt wird. Der Gleichsetzung der freien Kritik mit der „Liquidierung von Staatsfeinden“ verrät die gleiche heillose Verwirrung des Geistes und des Gewissens, die wir dem Verfasser des Bittbriefes vorwerfen zu müssen meinen.

*

Wenn man die Entgegnung von Prof. Gollwitzer von den Schlacken der unbegründeten Verdächtigungen befreit, so bleibt als Haupteinwand die These, daß man die Motive der Aussagen Karl Barths über den Kommunismus nicht richtig erfaßt und gewürdigt habe. Man habe „ein paar inkriminierte Sätze“ aus dem Zusammenhang gerissen, und man unterschlage, daß Barth in seiner politischen Ethik den Christen ihre Verantwortung für die „allerdings ‚bloß menschlichen‘ Werte“ einschärfe. Seine „zunächst befremdliche Auffassung vom rechten christlichen Verhalten damals gegenüber Hitler und heute im Ost-West-Konflikt“ hänge mit seiner „verantwortlichen Sorge um die Gefährdung von Freiheit und Recht“ zusammen.

Schweizerische Winterhilfe

Das neue Plakat



315 Künstler beteiligten sich mit 431 Entwürfen am Plakatwettbewerb 1953 der Schweizerischen Winterhilfe. Mit dem ersten Preis wurden ausgezeichnet ex aequo: Emil Hotz (Zürich) und Karl Mannhart (Zürich). Zur diesjährigen Ausführung gelangt das Plakat von Emil Hotz. Im zweiten Rang wurde ausgezeichnet: Andreas His (Basel), dessen Entwurf angekauft wurde. Sämtliche Entwürfe sind ab 22. August bis 5. September im Kunstgewerbemuseum Zürich öffentlich ausgestellt.

Seine Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse im kommunistischen Totalstaat ist im Gegenteil stets fixiert worden — und gerade diese Kenntnis macht die Anpreisung des Neutralismus nur noch schlimmer. Der Münstervortrag befaßte sich nicht nur mit den „Unterschieden“ zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus, die der existentielle Theologe

des Kirchenkampfes dem Chef des Sicherheitsdienstes als im Interesse der kommunistischen Staatsführung liegend zu empfehlen.

Wir haben in einem in Nr. 1019 am 3. Mai erschienenen Artikel „*Bittbrief an einen kommunistischen Minister*“ die Argumente und den Tenor des Briefes aus Basel einer *scharfen Kritik* unterzogen und die *auffällige Verschiedenheit* der Haltung Prof. Barths zum Nationalsozialismus einerseits und zum Kommunismus andererseits an Hand von Zitaten aus seinen Schriften und Reden hervorgehoben. In unserer Darstellung wurde ferner versucht, die persönlichen und theologischen Gründe für diese merkwürdige Diskrepanz aufzuheben. Wir glaubten sie in der *besonderen Denkweise* einer theologischen Richtung zu entdecken, die den Menschen grundsätzlich von allen Bindungen an Programme, Ideologien und Lehren löst und ihn in der Nacktheit seiner Sünde und Verworfenheit mit Gott konfrontiert, aus diesem aktuellen oder „*existentiellen*“ Verständnis des Glaubens heraus die Bezüge und Probleme des irdischen Daseins zur sekundären und belanglosen Existenzhülle abwertet und diese ihre radikale Heraushebung des Menschen aus den vielfältigen Formen und Gestalten des Lebens mit unverkennbarem autoritären Anspruch als die einzige von Gottes Wort her zugelassene Möglichkeit des christlichen Glaubens auslegt. Dazu kommt, wenigstens bei Prof. Barth, eine aus seiner religiös-sozialen Frühzeit ererbte *gefühlsmäßige Hinneigung zum Sozialismus*, die ihn im Verein mit seiner „*aktualen*“ Theologie dazu befähigt, den Kommunismus auch in seiner furchtbaren Erscheinung des totalitären Diktaturstaates einer höheren Kategorie als dem Nationalsozialismus zuzuweisen.

Wir konnten auf Grund eines ausgedehnten Materials dem Autor des Bittbriefes *nicht zubilligen*, daß er um des konkreten Zieles, nämlich der Aufhebung der Unterdrückungsmaßnahmen, willen unter bewußter und vielleicht gewissensbelastender Hintanstellung einer ursprünglichen Empörung über die Verletzung der Menschenrechte nur jene Argumente verwendet habe, die dem kommunistischen Minister Eindruck zu machen versprochen, daß er also eine bestimmte *Taktik* des Verschweigens und Betonens eingeschlagen habe, um die Hilfe für die bedrängten Brüder und Schwestern in Ostdeutschland nicht zum vornherein durch negativ wirkende Parolen zu verunmöglichen. Barth hat im Brief mit *seiner* Sprache und aus *seiner* politischen Gesinnung heraus geredet. Im Schlußabschnitt des Artikels wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Rücksicht auf die schwierige Situation der Kirchen hinter dem Eisernen Vorhang legitim und notwendig sei; die Kirche im Westen „*darf und soll nicht einen politischen Kreuzzug ausrufen und die der Kirche im Osten noch gestattete minimale Bewegungsfreiheit nicht durch ungeschicktes Vorgehen schädigen*“. Diese *Rücksicht* dürfe aber nicht, wie es die von Barth ausgehende theologische Richtung versuche, zu einer über den Parteien und über den ideologischen Gegensätzen thronenden Höchst- und Idealform christlicher Existenz umgebogen werden, sondern müsse von der klaren Erkenntnis getragen sein, „*daß in jedem Diktatorsystem die Kirche nur auf Abruf lebt*“ und „*daß sie sich von der Entscheidung in der Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Knechtschaft nicht dispensieren darf*“.

Die kritische Analyse des Bittbriefes aus Basel hat, wie bei einer stark durch Gefühlsbindungen zusammengehaltenen Richtung nicht anders zu erwarten ist, das *Mißfallen* der Anhänger Prof. Barths erregt. Zwar behagt einem Teil von ihnen der Ton und die Tendenz des beanstandeten Briefes auch nicht ganz, aber sie bestreiten, daß ihr verehrter Lehrer sich eines widersprüchlichen Verhaltens gegenüber den beiden Ausgaben des totalen Staates schuldig gemacht habe und den konkreten Proble-

tehrreiches Beispiel der Art und Weise wiedergegeben, wie sich die Freunde Barths gegen Kritik zur Wehr zu setzen fähig sind. Der *Brief von Prof. H. Gollwitzer* stellt eine erstaunliche Mischung von negativen und positiven Affektentladungen dar. Es wird bewegte Klage über die *schweizerische Undankbarkeit* gegenüber dem „*bedeutendsten christlichen Theologen der Gegenwart*“ geführt, dessen Auffassungen von der Presse entstellt würden. Weil Barth nicht bereit sei, die am *bequemen Zürcher Schreibtisch* gewünschte politische Propaganda der Kirche zu liefern, werde er dem Kreuzverhör einer „*terroristischen Polemik*“ im Stile McCarthy's unterworfen, die dem Partner ultimative Fragen als Pistole auf die Brust setze und ihn bei unbefriedigender Antwort „*entlarvt der Reihe der Staatsfeinde zugeselle*“, wobei „*die faktische Liquidierung als Staatsfeind dann nur noch eine äußere Folge ist*“. Anzeichen einer solchen „*terroristischen Polemik*“ seien schon im Angriff des heutigen Bundesrates Feldmann auf Karl Barth enthalten gewesen. Die Kritik an Barths Bittbrief nach Ostberlin sei „*eine mildere Form des Kirchenkampfes*“. Der totalitäre Antikommunismus lasse die Menschen im Osten im Stich, weil er „*vom sicheren westlichen Kanapee aus mit billigen Deklamationen gegen die östlichen Machthaber meint das Seinige getan zu haben*“.

Was hören wir da für Klänge? Weil wir uns erlaubt haben, einen der Öffentlichkeit übergebenen Brief, den dann auch der „*Kirchenbote des Kantons Zürich*“ kommentarlos an erster Stelle seinen Lesern vorzusetzen für gut befunden hat, einer kritischen Analyse und Würdigung zu unterziehen und dabei die Kühnheit hatten, in früheren Schriften und Vorträgen des Briefverfassers zu blättern, hätten wir „*eine mildere Form des Kirchenkampfes*“ betrieben? Weil wir einige den Freunden Barths höchst unangenehme Tatsachen festgehalten und die nach unserer Ansicht unbestreitbare *Aufweichung sauberer Begriffe und klarer Werturteile* durch ein seltsames „*Existenzverständnis*“ angeprangert haben, hätten wir uns einer „*terroristischen Polemik*“ schuldig gemacht? Solche *krasse Unterschiebungen*, vermengt mit alten Tönen aus den Zeiten unseliger deutscher Vergangenheit („*bequemer Zürcher Schreibtisch*“, „*sicheres westliches Kanapee*“), sind einer Aussage über die Sache kaum förderlich. Sie veraten im Gegenteil eine Mentalität, die wir nicht kennen — eine *Mentalität der Ausschließlichkeit und der Rechthaberei*, die keine Kritik erträgt und sofort über „*terroristische Polemik*“ und „*Kirchenkampf*“ lamentiert, wo nichts anderes vor sich geht, als was in einer demokratischen Öffentlichkeit üblich und notwendig ist. Es ist wohl in einer Demokratie — in der „*heidnischen Bürgergemeinde*“, um im bezeichnenden Jargon Karl Barths zu sprechen — selbstverständlich, daß die politischen Äußerungen *jedes Bürgers* der freien Kritik unterstehen. Es gibt hier *kein Ausnahmerecht*, auch nicht für den „*bedeutendsten christlichen Theologen der Gegenwart*“. Im Gegenteil: Je höher das Ansehen und das Prestige eines Mannes eingeschätzt werden, der sich durch sein wissenschaftliches Werk und seine kirchenpolitischen Erfolge zweifellos zu den Ersten im Reiche der Kirche zählen darf, um so größer ist *seine Verantwortung*, und Undurechsichtigkeiten oder Zweideutigkeiten seiner politischen Aussagen können ihm um seiner selbst, um der Kirche und um der Öffentlichkeit willen nicht nachgesehen werden.

Darum *protestieren* wir entschieden gegen die ebenso haltlose wie perfide Behauptung, daß in der Schweiz eine „*mildere Form des Kirchenkampfes*“ gegen Karl Barth und seine Richtung betrieben werde. Der damalige bernische Kirchendirektor *Feldmann* hat in seinem instruktiven Briefwechsel mit Prof. Barth das Nötige zu dieser böswilligen Unterschiebung bereits gesagt. Er wies darauf hin, daß auch in den heftigsten Kontroversen, die er mit Vertretern dieser kirchlichen

als gegenüber Hitler und heute im Ost-West-Konflikt“ hänge mit seiner „*verantwortlichen Sorge um die Gefährdung von Freiheit und Recht*“ zusammen. Barth habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er den Kommunismus „*für einen verhängnisvollen und verderblichen Irrweg halte, dem gegenüber den demokratischen Rechtsstaat zu wahren zu den Pflichten einer demokratischen Regierung gehöre*“. Er habe sich über die „*bösartige Wirklichkeit des Sowjetregimes*“ nie Illusionen hingeeben, und gerade die perhorreszierte „*christologische Begründung*“ des Staates leite zu höchster Verantwortung und „*christlicher Illusionslosigkeit gegenüber dem Osten und dem Westen*“ an.

Zunächst ist festzuhalten, daß Prof. Gollwitzer *kein einziges Dokument* beibringt, das die Behauptung erschüttern würde, Barth nehme zu den zwei Ausgaben des totalitären Staates eine total verschiedene Haltung ein und empfehle der Kirche im Ost-West-Konflikt einen Neutralismus. Er kann es nicht, denn es gibt keine solchen Dokumente. Barths Schriften und Vorträge sind eine *lückenlose Bestätigung* unserer Darstellung des Sachverhaltes, die ja auf diesen authentischen Zeugnissen beruhte. Man kann also höchstens in der Interpretation auseinandergehen; die *Tatsachen sind unumstößlich*.

Der Verteidiger beschäftigt sich vornehmlich mit der Rede, die Karl Barth am 6. Februar 1949 im *Münster in Bern* über das Thema „*Die Kirche zwischen Ost und West*“ gehalten hat. Nun kann man ohne weiteres einräumen, daß gewisse Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus bestehen, sofern man die ideologische Grundlegung und die Formen der Außenpolitik in Betracht zieht. Wie steht es aber mit dem *Menschen*? Gestaltet sich sein Geschick verschieden, je nachdem Rosenberg oder Lenin, Hitler oder Stalin, der Nationalismus oder der „*Sozialismus*“ herrschen? Hier wie dort Geheimpolizei, hier wie dort Konzentrationslager, hier wie dort Unterdrückung jeder abweichenden Meinung, hier wie dort eine mit allen Mitteln durchgesetzte Staatsideologie, hier wie dort Erniedrigung der Wissenschaft, hier wie dort Einengung und Verfolgung der Kirche, hier wie dort Rechtlosigkeit, Willkür, Zwang, Terror und Grausamkeit. Wenn sich doch die theologische Richtung Barths in Positur wirft und behauptet, in besonders nachhaltiger Weise den Menschen fern von hohlen Abstraktionen in seiner Echtheit und Ursprünglichkeit zu erkennen: Warum hat denn Karl Barth in seiner Münsterrede mit geradezu minutiöser Hingebung den „*Beweis*“ anzutreten versucht, daß der *Kommunismus* nach seiner Lehre — dem Marxismus —, nach seiner Absicht — der „*konstruktiven Idee*“ der „*Lösung der sozialen Frage*“ — und nach seiner Einstellung zum Christentum — „*brutales, aber wenigstens ehrliches Gottlosentum*“ — nun doch *etwas ganz anderes* sei als die nationalsozialistische „*Ausbeutung des Wahnsinns und Verbrechens*“? Die Kirche habe, so sagte er, „*keinen Anlaß, sich dem russisch kommunistischen Osten gegenüber nun so einfach, wie das gewünscht wird, zu wiederholen*“. Sie müsse im Blick auf den Kommunismus unterscheiden „*zwischen seinen totalitären Greueln als solchen und dem, was dabei positiv gemeint und beabsichtigt ist*“. Wo ist in einer solchen abgründigen und geistig fast perversen Differenzierung in wirkliche „*Greuel*“ und dem dabei (!) „*positiv Gemeinten*“ und „*positiv Beabsichtigten*“ die „*verantwortliche Sorge um die Gefährdung von Freiheit und Recht*“ spürbar? Was soll diese einer gerissenen Spekulation und einer Ethik ohne festen Grund und Boden entstammende Trennung zwischen den „*Greueln*“ und den positiven Werten, die in diesen Greueln „*gemeint*“ und „*beabsichtigt*“ sind, anderes bezwecken, als dem politischen und geistigen Neutralismus eine *scheinchristliche Begründung* zu liefern? Wo bleibt in dieser moraltheologischen Schizophrenie der *Mensch* und sein konkretes Schicksal, die angeblich das geheiligte Objekt der Verkündigung sein sollen?

Man hat Karl Barth in den Spalten dieses Blattes nie vorgeworfen, er sei ein heimlicher Kommunist.

die Anpreisung des Neutralismus *nur noch schlimmer*. Der Münster Vortrag befähigte sich nicht nur mit den „*Unterschieden*“ zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus, die der „*existentielle Theologe*“ wie der folgsame Schüler einer halb- oder ganzmaterialistischen Lehre klüglich aus Geschichte und Ideologie herauszuidividieren gedachte. Er verfolgte in erster Linie den Zweck, die *westliche Verteidigung* der Freiheit und des Rechtes in den Augen der Kirche als eine Angelegenheit zu denunzieren, die mindestens so *hinfällig und fragwürdig* sei wie der Anspruch des Ostens, die richtige Ordnung zu verkörpern. Rußland und Amerika wurden als zwei Gegenspieler von gleicher Art und gleichem Machtstreben hingestellt. Man beschuldige den Osten zwar mit Recht der Unmenschlichkeit seiner Methoden; aber der Osten beschuldige den Westen ebenfalls mit Recht der „*Unmenschlichkeit unserer Absichten*“, eines „*grundverdorbenen Denkens und Willens*“, „*harter Taten*“ und eines „*harten Herzens*“. Sein kaltschnauziges Achristentum sei nicht viel anderes als die Weisheit, „*die sich auch bei uns auf allen Gassen und in allen Zeitungen*“ und auch in unseren Kirchen breitmake. Die Christen des Westens, die „*den Kampfgesang des westlichen Chores gegen den Osten*“ stärker hören als jenen des Ostens, seien in Gefahr, der Beeinflussung zu erliegen, der sie als im Westen lebende Menschen unvermeidlicherweise ausgesetzt seien. Sie dürften deshalb „*der westlichen Befangenheit*“ ... und besonders auch dem Druck unserer westlichen Umgebung“ nicht nachgeben, auch wenn es Gott gefallen habe, sie im Westen auf die Welt kommen zu lassen. Die Kirche müsse sich ihre *christliche Freiheit* bewahren, woraus für die Kirchen im Westen folge, daß sie in erster Linie dem „*westlichen Druck*“ widerstehen und jede Beteiligung an einem Kreuzzug ablehnen müßten. Weder der Westen noch der Osten sei die Sache Gottes. So heißt dann dieser politischen Weisheit christlicher Schluß: „*Das christlich-politische Bekenntnis muß heute gerade im Verzicht auf solche Parteinahme bestehen*“. Es habe in allen Wechselfällen der Geschichte immer eine christliche Gemeinde gegeben, deren Zeugnis „*das Gebrüll der Tiere immer wieder fröhlich überdauert hat*“. Nachdem auf diese Weise der Westen mit dem Osten nach Methoden und Absichten auf den *gleichen Nenner* gesetzt und die Kirche als eine von beiden schmutzigen Wassern freizuhaltende Insel herausgehoben wurde, wird gar der erstaunliche Satz produziert, daß der Gegensatz, der gegenwärtig die Welt erschüttert und Millionen von Menschen mit Bangen und Schrecken erfüllt, „*uns als Christen gar nichts angeht*. Er ist kein echter, kein notwendiger, kein interessanter Gegensatz. Er ist ein bloßer Machtkonflikt.“

Wir vermögen in der nun wirklich „*kaltschnauzigen*“ Proklamation des *kirchlichen Desinteresses* am Konflikt zwischen Freiheit und Zwang, der grobe Vereinfachungen und bedenkliche Entstellungen des Tatbestandes als Scheinrechtfertigung vorausgeschickt werden, von der Verantwortung für die Freiheit und den rechten Staat, die Prof. Gollwitzer für Barth in Anspruch nimmt, mit dem besten Willen *keine Spur* zu entdecken. Was soll man vom „*bedeutendsten christlichen Theologen der Gegenwart*“ halten, der einen immerhin über das Schicksal der Freiheit und des Friedens entscheidenden Konflikt als unecht, nicht notwendig und uninteressant hinstellt, der seine Stirne wegen der „*westlichen Befangenheit*“ in besorgte Falten legt, aber als einzige zulässige Reaktion auf das „*brutale, aber wenigstens ehrliche Gottlosentum*“ des kommunistischen Staates nicht das Protestieren, sondern „*fröhliches Ausharren und unerschrockenes Bekenntnis*“ empfiehlt („*Dann kann die Kirche lachen über das ganze Gottlosenwesen*“) und der eine westliche Aufforderung an die Kirche zur Beteiligung an einem „*Kreuzzug*“ *erfinden* muß, um sich von der schlechten, konkreten Entscheidung dispensieren zu können? In der ganzen Kette von Hypothesen und Spekulationen, die den Neutralis-

mus der Kirche begründen sollen, *sucht man vergeblich nach dem Menschen*, der „je nachdem, wie es Gott gefallen hat“, im Westen trotz den von niemand geleugneten Unvollkommenheiten immerhin in Freiheit leben, im Osten aber trotz der von Karl Barth behaupteten „Gerechtigkeit“ des kommunistischen Gesellschaftssystems seelisch und physisch zugrunde gerichtet wird.

*

Man mag einwenden — Prof. Gollwitzer deutet es an —, daß der Münstervortrag einen bestimmten pädagogischen Zweck verfolgt habe. Der Redner habe keine politischen Urteile abgeben, sondern den Standort der Kirche untreiben wollen, und da er im Westen und zur westlichen Kirche gesprochen habe, sei ihm die Warnung vor einem die noch ungelösten Probleme, z. B. die sozialen Fragen, erstickenden Antikommunismus wichtiger gewesen als die ohnehin überflüssige Enthüllung des totalitären Charakters des Sowjetreiches. Wenn schon die Ermahnung an die Kirche des Westens den Hauptzweck der Rede gebildet haben soll — warum verschrieb sich dann ihr Verfasser einer Methode des *Vervischens und Gleichmachens* von Gegensätzen, die durch ihre Haltlosigkeit, ja Liederlichkeit auch den ernstgemeinten und wertvollen Hinweisen die Glaubwürdigkeit rauben muß? Mit „christlicher Illusionslosigkeit“ hat die Aufblasung des Westens zu einem machtbesseren und ideologisch verhärteten Popanz so wenig zu tun wie die niedliche Subtilität der Unterscheidung von östlichen „Greueln“ und dem „dabei positiv Gemeinten“. „Eure Rede sei Ja, Ja und Nein, Nein.“

Der von Prof. Gollwitzer als unerschütterlicher Verfechter einer echten christlichen Verantwortung gelobte Theologe hat seine politischen Konstruktionen, die als christliche Erkenntnis ausgegeben werden, jedoch keineswegs nur zum pädagogischen Hausgebrauch bei den „westlich befangenen“ Christen benützt. Im Jahre 1948 unternahm Prof. Barth eine *Ungarnreise*, auf der er den reformierten Christen in Ungarn nicht nur Mut zum Ausharren zusprach, sondern ihnen *das gute Gewissen der Kollaboration mit dem kommunistischen Staat* zu verschaffen verstand. Die Staatsordnungen sind, so sagte er in einer Rede in Budapest, nur Menschenwerk. Die Ungerechtigkeit eines solchen Menschenwerks wird darin sichtbar, daß eine Staatsordnung fällt und einer anderen Platz machen muß. Die christliche Gemeinde kann sich dann nicht der Bereitschaft entziehen, „sich an solchem Ereignis mindestens grundsätzlich in guter Hoffnung zu beteiligen“. Sie dürfe aber weder die Sache der politischen Reaktion noch die neue Ordnung zur Sache Gottes machen, sondern müsse auf alle Fälle frei bleiben. „Sie kann jede Staatsordnung begleiten.“ Das Wort Gottes geht „überlegen durch ihren Wechsel hindurch“. Als ihm in einer Diskussion die Frage gestellt wurde, wie sich die Kirche zu einem Staat verhalten solle, der sie nur vorläufig und taktisch gelten lasse, aber ihr für die Zukunft den Kampf ansage, lautete seine Antwort, daß es in der Geschichte weder einen christlichen noch einen teuflischen Staat gebe; man bewege sich immer in der Mitte, so daß sich der Christ nicht zu einem klaren Ja oder Nein entschließen könne; er werde „ein wenig abwarten“. Vor allem sollten die Christen „die Ruhe und den Humor nicht verlieren“.

Während also im Westen aus angeblich pädagogischen Überlegungen der Kommunismus als „Pfahl im Fleisch“ gewürdigt und eine klare Stellungnahme als unnötig abgelehnt wird („Wen kostet es denn auch nur das geringste...“ zu diesem Augustfeuer (sic!) nun eben auch noch sein Scheit beizutragen?), legt man den Christen in Ungarn eine fröhliche Freiheit gegenüber dem geschichtlich unvermeidlichen „Wechsel der Staatsordnungen“ nahe. Prof. Emil Brunner hat in einem Briefwechsel mit seinem Kollegen nach dessen Ungarnreise festgestellt, daß es „immer schon auffallend gewesen ist, daß Du auch auf dem Höhepunkt Deines Kampfes gegen das Nazitum dem

Problem des Totalitarismus immer ausgewichen bist“. „Mir aber will es nicht in den Kopf, daß ausgerechnet Du, der Du auch nur den Schein eines *kirchlichen* Kollaborationismus unter Hitler so schwer verurteilt hast, dich jetzt zum Wortführer derer machst, die nicht nur den äußeren, sondern auch schon den inneren Widerstand verurteilen, und als „Nervosität“ verhöhnt, was doch nichts anderes ist als ein *entsetztes Sichabwenden* von einem wahrhaft teuflischen System des Unrechts und der Unmenschlichkeit.“ Der zur Rede gestellte Theologe meinte mit einer verlegenen Gebärde des Ausweichens, daß er das Heraustreten der Gemeinde aus dem Schweigen erst dann für notwendig halte, wenn wieder „Not am Mann“ sei und eine „konkrete geistliche Bedrängnis“ drohe...

*

Seit der Aufrichtung des kommunistischen Diktaturregimes sind allein aus Ostdeutschland 1,8 Millionen Menschen vor dem Terror nach dem Westen geflüchtet. Offenbar war aber erst „Not am Mann“ und die „konkrete geistliche Bedrängnis“ erst gegeben, als der Staat die Kirche an der Gurgel packte; in diesem Moment griff man zur Feder und schrieb einen Brief nach Ostberlin. Vorher aber, als der Mittelstand vernichtet und die politische Opposition Schritt für Schritt liquidiert wurde, hat man es weder für menschlich nötig noch für christlich geboten gehalten, sich für die in ihrer Freiheit und Existenz bedrohten Menschen bei kommunistischen Ministern unter Berufung auf das „wohlwollende Verständnis für den Osten“ zu rühren; denn die Kirche genoß ja eine relative Freiheit. Vorher hat man sich lustig gemacht über das antikommunistische „Augustfeuer“, zu dem jeder ohne Mühe sein Scheit beitrage, und mit unachahmlicher Gelassenheit des Denkens und des Gewissens der Kirche empfohlen, sich „ruhig draußen zu halten“, „ruhig abzuwarten“, „jede Staatsordnung zu begleiten“, und „die Ruhe und den Humor nicht zu verlieren“. Sind denn die Kirchen am schweren Schicksal der Millionen, die gegen ihren Willen von der kommunistischen Diktatur in Knechtschaft darniedergehalten werden, nicht interessiert? Dürfen sie im Westen die Arme verschränken, weil die „christlichen Westvölker“ ihrer Sache auch „ohne den christlichen Beistand“ sicher sind? Karl Barth hat in seiner Antwort an Emil Brunner erklärt, eine politische Absage an den Sowjetkommunismus könne man von ihm sofort haben; aber diese Absage sei *keine kirchliche Aufgabe*, weil die Kirche in ihrem Bekenntnis nie mit dem Strom gehen könne. Die christliche Politik, meinte er in Budapest, „wird der Welt immer wieder eine fremde, unübersichtliche, überraschende Sache sein müssen“.

In der Tat: eine Politik, die auf ihre radikale Durchschauung der „bloß menschlichen“ Werte stolz ist und aus der unfabaren Höhe des von ihr verwalteten und maßgeblich interpretierten Wortes Gottes nur „von Fall zu Fall“ eingreift, muß den einfachen Menschenkindern und den einfachen Christen fremd und überraschend sein und bleiben. Was ist denn das für eine Kirche, welche die allein legitime Anwendung ihres Bekenntnisses darin erblickt, jedenfalls nie mit dem Strom zu schwimmen, die ein aufwühlender und bedrängender Zeitkonflikt „nichts angeht“ und deren „Verantwortung für den Menschen“ in der Gewißheit besteht, daß sie „das Gebrüll der Tiere immer wieder fröhlich überdauert“ und also auch über das kommunistische Gottlosenwesen einfach nur lachen zu können meint? Man glaubt sich in die Zeiten des montanistischen Enthusiasmus zurückversetzt, der ja als Typus christlichen Glaubensverständnisses eine kathartische Funktion in der Kirche ausüben mag, aber niemals für eine verantwortliche kirchliche und christliche Gemeinschaft verantwortlich handeln darf noch kann. Den Glorienschein des Kampfes für Recht und Freiheit wird man einer Richtung, welche die „Freiheit“ der Kirche als *totale Ungebundenheit zum Schweigen oder zum Reden*

„von Fall zu Fall“ versteht, nicht auf das Haupt setzen dürfen. „Der Kampf der Bekennenden Kirche in Deutschland galt nicht dem Nationalsozialismus als solchem...“ Das politische Problem des Nationalsozialismus befand sich gar nicht in ihrem Gesichtsfeld“, gab Karl Barth im Jahre 1942 (Aufsatz in „Foreign Affairs“) zu. Das Gesichtsfeld ist die Gemeinde, ihre Reinheit und ihr „fröhliches Ueberdauern“. Daß sie überdauert — die Lösung dieser Aufgabe überläßt sie unbeschwert von Gewissensbissen der „heidnischen Bürgergemeinde“, die ja den christlichen Beistand nicht braucht, solange sie aus ihrer eigenen Ideologie heraus weiß, daß und wie man die Freiheit des Menschen (und Christen) retten soll...

Die beharrliche Scheidung des konkreten Menschen in einen Christen, der im unvermeidlichen „Wechsel“ der (ohnehin unchristlichen) Staatsordnungen seine Ruhe und seinen Humor nicht verliert, und ein Lebewesen, das, weil es an einem bestimmten Ort der Erde geboren worden ist, den jeweiligen „Einflüssen“ der fragwürdigen Ideologien und Programmen unterliegt, ist das eigentliche Kennzeichen der neuen spiritualistischen Strömung im Christentum. Ihre ständige Mahnung vor einer allzu unbedenklichen Vermischung des Glaubens mit irdischen Hoffnungen und Plänen ist nützlich und förderlich; einen Beitrag zum Problem der *Ordnung auf dieser Welt* vermag sie, wie ihre von Widersprüchen und Zweideutigkeiten unwitterten Aussagen und Ratschläge beweisen, nicht zu leisten. Auch Prof. Gollwitzer ist es nicht gelungen, den *Katakomben-Fetischismus* der Barth'schen Richtung, der sich gegenwärtig in Gestalt des vollendeten Neutralismus in der Auseinandersetzung mit dem totalen Staat präsentiert, in eine „höchste Verantwortung“ für Freiheit und Recht umzudeuten; weder seine mala fides in bezug auf unsere noch seine optimista fides in bezug auf Barths Motive und Absichten können die unwiderleglichen Dokumente der Gleichgültigkeit für den wirklichen Menschen und die wirklichen Verhältnisse in Zeugnisse „christlicher Illusionslosigkeit“ verwandeln. So muß er seine Zuflucht zu der tatsächlichen Behauptung nehmen, wir hätten der Kirche eine politische Propaganda abverlangt, wie wenn wir im Artikel über den Bittbrief nicht ausdrücklich das Bemühen der Kirche anerkannt und unterstützt hätten, die Fäden zu den Brüdern und Schwestern hinter dem Eisernen Vorhang nicht abreißen zu lassen, allerdings ohne daß sie deshalb ihre *geistliche Aufgabe an den Christen im Westen* kühl bis ans Herz hinan einfach preisgebe.

Solange andere Menschen und Christen mit einer anderen geistigen Verfassung für die *Bewahrung der konkreten Freiheit des Staates* und der in ihm lebenden Kirchen besorgt sind und sich weder mit der historischen „Notwendigkeit“ des „Wechsels der Staatsordnungen“ noch mit dem „brutalen Gottlosentum“ lächelnd abfinden wollen, wird es der mit Recht umstrittenen kirchlichen Richtung unbenommen sein, ihr verantwortungsloses Gerede über die europäische „Schafweide“ und den „uninteressanten Gegensatz“ zwischen freier Welt und Totalitarismus fortzusetzen, ohne daß sie Gefahr läuft, von der kommunistischen Dampfwalze zu einer fröhlichen Hundertschaft dezimiert zu werden. Der auch sie schützende freie Staat wird sie weder an der Äußerung noch an der Verbreitung solchen Gedankengutes hindern. Darf man von ihr wenigstens die *Bescheidenheit* erwarten, daß sie das „fröhliche Ueberdauern“ nicht sich selbst, sondern jenen Kräften zuschreibt, die ohne ihren Beistand den noch bequemeren Basler Schreibtisch, von dem aus sich so humorvoll über ernste Dinge plaudern läßt, und das „sichere westliche Kanapee“, das gewiß auch Prof. Gollwitzer noch so gerne gegen das niederdrückende Dasein in einem sowjetrussischen Gefangenenlager eingetauscht hat, zu verteidigen interessant und wichtig genug finden?